

SoziologInnen als SpitzenpolitikerInnen

Brasilien: Fernando Henrique Cardoso war Präsident

Fernando Henrique Cardoso (geboren 1931) war von 1995 bis 2002 Präsident Brasiliens. Als ausgebildeter Soziologe war er Professor für Politikwissenschaften und Soziologie an der Universität von São Paulo. Er war Präsident der International Sociological Association (ISA) von 1982 bis 1986. Er weilte u.a. an der Sozialforschungsstelle Dortmund, der Universität Paris-Nanterre, der Stanford University und der University of California, Berkeley. Cardoso ist Mitglied im Club of Rome und Vorsitzender der Global Commission on Drug Policy.

Cardoso wurde 1978 zum Senator des Staates São Paulo für die Brasilianische Demokratische Bewegung (MDB) gewählt. Cardoso gründete im Jahr 1988 die Partei der Brasilianischen Sozialdemokratie (PSDB). Von 1992 bis 1993 diente er als Außenminister. von 1993 bis 1994 war er Finanzminister. Er wurde 1994 zum Präsidenten gewählt. Im Jahr 1998 wurde er wiedergewählt.

Bulgarien: Rumjana Jelewa war Außenministerin

Rumjana Schelewa, promovierte Soziologin, war 2009 und 2010 Außenministerin Bulgariens. Geboren wurde sie 1969. Sie besuchte das Goethe-Gymnasium in Burgas, eine 1960 als Fremdsprachengymnasium mit erweitertem Deutschunterricht gegründete Schule. Schelewa studierte in Sofia Soziologie und beschäftigte sich nach dem Abschluss 1995 in Regierungsbehörden mit soziologischen Aspekten der Privatisierung im vormals sozialistischen Bulgarien. Daneben standen zahlreiche Studienaufenthalte in Deutschland und Österreich. Den Doktorgrad hat sie an der Universität Magdeburg erworben. Für die bulgarische GERB (Bürgerbewegung für eine europäische Entwicklung Bulgariens) war sie 2007 ins Europäische Parlament eingezogen.

Deutschland: Norbert Lammert

Dr. Norbert Lammert ist Präsident des Deutschen Bundestages. Herr Lammert ist Diplomsozialwissenschaftler. Er wurde geboren am 16. November 1948 in Bochum; ist katholisch; verheiratet und hat vier Kinder. Nach Abitur und Wehrdienst studierte er Sozialwissenschaften an den Universitäten Bochum und Oxford (England), Diplom 1972, Promotion 1975.

Er war zunächst freiberuflich tätig als Dozent bei verschiedenen Akademien, Stiftungen, Verbänden und Firmen sowie Lehrbeauftragter an Fachhochschulen. Es gibt

Verschiedene Veröffentlichungen im Bereich der Parteienforschung und zu wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Problemen.

Lammert ist Mitglied der CDU seit 1966; er war stellvertretender Kreisvorsitzender der CDU Bochum von 1977 bis 1985, stellvertretender Landesvorsitzender der Jungen Union Westfalen-Lippe 1978 bis 1984. Danach war er Mitglied des Landesvorstandes der CDU Nordrhein-Westfalen und Vorsitzender des CDU-Bezirksverbandes Ruhrgebiet.

Er war Mitglied im Rat der Stadt Bochum von 1975 bis 1980. Im Bundestag ist er seit 1980. Von 1983 bis 1989 war er stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung und Vorsitzender der Deutsch-Brasilianischen Parlamentariergruppe. Ab 1989 bis 1998 war er Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, Bundesminister für Wirtschaft und Bundesminister für Verkehr. Ab 1996 war er Vorsitzender der CDU-Landesgruppe Nordrhein-Westfalen, von 1998 bis 2002 kultur- und medienpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion. Seit 2002 ist Lammert Vizepräsident, seit 2005 Präsident des Deutschen Bundestages.

Frankreich: Azous Begag war Minister für Integration

Azouz Begag, geboren 1957 in Lyon, ist ein französischer Soziologe, Romanschriftsteller und Forscher im CNRS. Seine Eltern stammen aus Algerien und emigrierten 1949 nach Frankreich. Seine Kindheit verbrachte Begag in den Banlieue von Lyon, später zog die Familie in die Lyoner Altstadt Duchère. Er ist geschieden und Vater zweier Töchter.

An der Universität von Lyon erwarb Begag einen Dokortitel in Ökonomie und wanderte

kurz darauf nach New York aus, wo er visiting professor an der Cornell University wurde. Später konnte er seine Tätigkeiten als Forscher im CNRS und seit 1980 in der Maison des sciences sociales et humaines von Lyon und als Lehrer an der École Centrale de Lyon verbinden.

2004 wurde er Mitglied des Conseil économique et social (Wirtschafts- und Sozialrat), bis zu seinem Eintritt in die Regierung de Villepins im Juni 2005. Er ist Chevalier de l'Ordre national du Mérite („Ritter des Nationalen Verdienstordens“) und Chevalier de la Légion d'honneur („Ritter der Ehrenlegion“).

Vom Juni 2005 bis April 2007 war Azouz Begag beigeordneter Minister für die Förderung von Chancengleichheit unter Premierminister de Villepin. Bei der Präsidentschaftswahl 2007 nahm er aktiv am Wahlkampf des Zentrumspolitikers François Bayrou (im Ersten Wahlgang) teil. Bei den Parlamentswahlen unterstützte er im zweiten Wahlgang den sozialistischen Kandidaten Jean-Louis Touraine.

In einem langen Gespräch, das in dem vierteljährlich erscheinenden Respect Magazine veröffentlicht wurde, äußerte sich der Minister noch vor den Unruhen in Frankreich 2005 zu der Situation der „Jugendlichen“, die „in den Vierteln“ wohnen.

1989 erschien der Roman seiner Jugend: „Fast überall“, in dem er Diskriminierung der nicht-weißen Bevölkerung Mitte der siebziger Jahre schildert. Im Vorwort zur deutschen Ausgabe schrieb Begag, dass es schon in den siebziger Jahren zu Gewaltausbrüchen in den Vorstädten gekommen sei.

Azouz Begag veröffentlichte mehr als 20 Bücher, von denen er mehrere Romane durch seine Kindheit inspiriert schrieb, wie zum Beispiel „Le Gone du Chaâba“ oder auch die Hommage, die in dem Buch „Le marteau pique-cœur“ an den Vater gerichtet wurde.

Er ist auch der Drehbuchautor des Films „Camping à la ferme“ (Zelten auf dem Bauernhof), in dem er seine Vision eines multikulturellen Frankreichs darlegt.

Griechenland: Georgios Papandreou ist Ministerpräsident

Georgios Papandreou wurde 2009 Ministerpräsident. Er wurde 1952 in Saint Paul (USA) geboren. Er ist Sohn von Andreas P. bzw. Enkel von Georgios P. (beide ebenfalls Ministerpräsidenten von Griechenland). Seine Kindheit verbrachte Papandreou in den

USA. Griechisch war eine Fremdsprache für ihn. Er studierte Soziologie in Stockholm, den USA und London. Er wurde im Alter von 29 Jahren 1981 erstmals ins griechische Parlament gewählt. Von 1985 bis 1987 war Papandreou stellvertretender Kulturminister, von 1988 bis 1989 und 1994 bis 1996 Bildungsminister, 1993 bis 1994 sowie von 1996 bis 1999 stellvertretender Außenminister und schließlich von 1999 bis 2004 Außenminister. 2004 wurde er erstmals zum Parteivorsitzenden gewählt. Seit 2006 ist er Vorsitzender der Sozialistischen Internationale.

Irland: Michael D. Higgins ist Präsident

Der Poet, Menschenrechtsaktivist, Sozialdemokrat und Soziologie-Professor Michael D. Higgins ist mit 62 Prozent der Stimmen zum neunten irischen Präsidenten gewählt worden. Seine Botschaft während des Wahlkampfes war die eines Versöhnlers, der dem von der Wirtschafts- und Schuldenkrise gebeutelten Land wieder „Wärme und Würde“ zurückgeben will.

Michael D. Higgins wurde 1941 in Limerick geboren. 1981 und 1982 war er Mitglied des Unterhauses und Bürgermeister von Galway. Danach war er von 1983 Mitglied des Senats. 1987 wurde er wiederum Mitglied des Unterhauses. Daneben war er 1990 und 1991 auch wieder Bürgermeister von Galway. 1993 bis 1997 war er Minister für Kunst, Kultur und die irischsprachigen Gebiete.

Kanada: Stéphane Deon war Umweltminister und Oppositionsführer

Stéphane Dion Maurice wurde 1955 geboren. Er studierte Politikwissenschaften an der Université Laval (BA und MA 1977 bzw. 1979). Danach studierte er vier Jahre in Paris (Studium der öffentlichen Verwaltung) bei dem Soziologen Michel Crozier. Nach seiner Promotion (doctorat d'état) in Soziologie an der Sciences lehrte er an der Université de Montréal bis 1996 (öffentliche Verwaltung).

Dion ist Parlamentsmitglied seit 1997. Er war Minister für Staatsangelegenheiten (1996 bis 2003) und Umweltminister (2004 bis 2006). Er war der Führer der Liberalen Partei Kanadas und der Führer der Opposition im kanadischen House of Commons von 2006 bis

2008. Er trat als Führer der Liberalen nach der Niederlage der Partei in den Wahlen 2008 zurück, blieb aber im Parlament.

Niederlande: Josephus Antonius (Jos) van Kemenade war Bildungsminister

Josephus Antonius (Jos) van Kemenade (geboren 1937) studierte nach dem Besuch eines katholischen Gymnasiums in Amsterdam von 1955 bis 1960 Pädagogik und Soziologie an der Katholischen Universität Nijmegen. Bis 1965 war er wissenschaftlicher Mitarbeiter des dortigen Instituts. Danach war er bis 1970 Direktor des Instituts für Angewandte Soziologie in Nijmegen. 1968 erfolgte seine Promotion zum Doktor der Sozialwissenschaften. 1970 bis 1973 war er Professor für Soziologische Bildung an der Katholischen Universität Nijmegen. 1982 folgte er einem Ruf als Professor für allgemeine und vergleichende Schulpädagogik an der Universität von Amsterdam. 1984 wurde er Vorsitzender des Vorstandskollegiums der Universität von Amsterdam. Seit 2001 ist er auch Vorsitzender des Aufsichtsrates der Universität Wageningen. 2002 wurde er Professor für Sozialwissenschaften an der Fernuniversität der Niederlande in Heerlen.

Von 1973 bis 1977 war er Minister für Bildung und Wissenschaft. Von 1978 bis 1981 war er Mitglied der Zweiten Kammer. Von 1981 bis 1982 war er wieder Minister für Bildung und Wissenschaft. Von 1982 bis 1984 war er wieder Mitglied der Zweiten Kammer der Generalstaaten. Von 1985 bis 1987 war er Mitglied des Parteivorstands der PvdA. Von 1988 bis 1992 war er Bürgermeister von Eindhoven. 1990 wurde er Mitglied des Kommissariats der Zentralbank De Nederlandsche Bank, deren Zweiter Vorsitzender er seit 1994 ist. Er wurde 1992 Beauftragter der Königin für Nordholland (Vorsteher der Provinzregierung). Er war von 1996 bis 1998 Vorsitzender der Externen Projektkommission „Kriminalität und Integration von Ethnischen Minderheiten“. 1998 wurde er von der Regierung mit der Untersuchung des Auftretens der niederländischen Streitkräfte in Srebrenica beauftragt. Er war von 2001 bis 2009 Vorsitzender des Rates für die öffentliche Verwaltung (Raad voor het Openbaar Bestuur, ROB). Zwischen 2002 und 2007 war er auch Vorsitzender der Reichskommissionen für Stadtplanung (Rijksplanologische Commissie, RPC) und für Umwelthygiene (Rijksmilieuhygiënische Commissie, RMC).

Niederlande: Abraham (Bram) Peper war Innenminister

Abraham (Bram) Peper (geboren am 13. Februar 1940 in Haarlem) ist Mitglied der Partij van de Arbeid (PvdA). Er war von 1982 bis 1998 Bürgermeister von Rotterdam und von 1998 bis 2000 Innenminister im Kabinett Kok II. Weiter war er Hochschullehrer an der Erasmus-Universität Rotterdam und der Wirtschaftsuniversität Nyenrode.

Österreich: Barbara Prammer ist Nationalratspräsidentin

Nachdem die SPÖ bei den Nationalratswahlen 2006 den ersten Platz in der Wählergunst zurückerobert hatte, ist Barbara Prammer Erste Nationalratspräsidentin. Damit bekleidete zum ersten Mal in der Zweiten Republik eine Frau dieses Amt. Prammer wurde am 11.

Januar 1954 in Ottnang im Bezirk Vöcklabruck geboren. Nach der HAK-Matura war sie im Gemeindeamt Ottnang in der Amtsleitung tätig, studierte dann Soziologie an der Linzer Johannes Kepler Universität und arbeitete anschließend als Sozial- und Berufspädagogin. 1991 zog sie in den Landtag von oberösterreich ein, von dem sie zur Zweiten Präsidentin gewählt wurde. 1995 wurde sie Landesrätin unter anderem für Naturschutz und Wohnbau und damit die erste Frau in einer oberösterreichischen Landesregierung. Unter Bundeskanzler Viktor Klima wurde Prammer im Februar 1997 Frauenministerin. Innerhalb der SPÖ ist sie seit 1995 stellvertretende Bundesparteivorsitzende und seit 1997 Bundesfrauenvorsitzende. Seit 2000 - während der schwarz-blauen Regierung - war Prammer Abgeordnete und stellvertretende Klubvorsitzende der SPÖ. Das Amt der Zweiten Präsidentin des Nationalrates hatte Prammer seit 2004 inne.

Schweiz: Jean Ziegler war UN-Sonderberichterstatter

Jean Ziegler wurde am 19. April 1934 als Hans Ziegler in Thun, Schweiz, geboren. Er war viele Jahre Genfer Abgeordneter im Nationalrat (Sozialdemokratische Partei). Von 2000 bis 2008 war Ziegler UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung sowie Mitglied der UN-Task-Force für humanitäre Hilfe im Irak. 2008 wurde Ziegler in den Beratenden Ausschuss des Menschenrechtsrats gewählt. Bis zu seiner Emeritierung im Mai 2002 war er Professor für Soziologie an der Universität Genf sowie ständiger Gastprofessor an der

Sorbonne in Paris.

In seinen Sachbüchern kritisierte Ziegler mehrfach die historische Rolle der Schweiz, unter anderem wegen ihres Verhaltens in der Zeit des Nationalsozialismus. Er kritisierte auch die Sowjetunion für ihren Einmarsch in Afghanistan. Wegen seiner massiven Kritik an Schweizer Politik, Wirtschaft, Finanzwesen in seinen Publikationen wurde er von mehreren Instituten und Privatpersonen, zum Teil erfolgreich, zivil- und strafrechtlich belangt. Ziegler ist auch ein bekannter Buchautor.

Buchtitel (Auswahl)

"Die neuen Herrscher der Welt" 2003

"Wie kommt der Hunger in die Welt? Ein Gespräch mit meinem Sohn" 2002

"Die Barbaren kommen. Kapitalismus und organisiertes Verbrechen" 1999

"Die Schweiz wäscht weißer" 1992

"Gegen die Ordnung der Welt. Befreiungsbewegungen in Afrika und Lateinamerika" 1986

Slowakei: Iveta Radičová

Iveta Radicova ist 1956 geboren. Sie studierte Soziologie an der Comenius Universität in Bratislava. Sie ist Mitglied des Nationalrats der Slowakischen Republik und war Arbeitsministerin (2005 bis 2006). Sie kandidierte 2009 vergeblich fuer den Posten des Präsidenten und wurde 2010 Ministerpräsidentin. Sie ist Mitglied der Slovak Democratic and Christian Union – Democratic Party. In der Vergangenheit warnte Iveta Radičová vor den Auswirkungen konzentrierter, parallel erfolgreicher Reformen auf die schwächeren Sozialschichten und war Befürworterin von Programmen sozialer Inklusion.

Türkei: Besir Atalay ist Innenminister

Beşir Atalay (geboren 1947) begann sein Studium an der Fakultät für Rechtswissenschaften der Universität Ankara. Seine Magister- und Doktorarbeit schrieb Atalay an der Fakultät für Betriebswirtschaft der Atatürk-Universität in Erzurum. Atalay war Professor an der Atatürk-Universität, an der Marmara-Universität und als Gastprofessor an der University of Michigan tätig. 1983 wurde Atalay Dozent für Soziologie. Atalay war Gründungsrektor an der Kırıkkale-Universität. Atalay war als Koordinator des Zentrums für

soziale Untersuchungen in Ankara tätig. Er war als Bereichsleiter im Amt für Staatsplanung sowie als Mitglied der nationalen UNESCO Kommission tätig.

Atalay war Abgeordneter der Adalet ve Kalkınma Partisi (AKP) in der Nationalversammlung. Er war Staatsminister im Kabinett Gül und dem I. Kabinett Erdoğan. Er ist seit 2007 Innenminister.

Ungarn: Balint Magyar war Bildungsminister

Bálint Magyar wurde 1952 geboren. Er studierte Geschichte und Soziologie an der Philosophischen Fakultät der Eötvös Loránd Universität (1972-1977). Außerdem absolvierte er vier Semester an der Budapester Universität für Wirtschaftswissenschaften.

Im Jahr 1977 begann er als Forschungsassistent an der Ost-Europa-Abteilung des Forschungsinstituts für Weltwirtschaft (Ungarische Akademie der Wissenschaften) zu arbeiten. 1980 schloss er seine Promotion ab. Von 1982 bis 1987 war er wissenschaftlicher Mitarbeiter der Co-operative Research Institute, es folgte die Mitarbeit bei der Financial Research Company (1988-1990). Er hat mehrere Publikationen über verschiedene soziologische Themen verfasst. Seit 2008 ist Bálint Magyar Mitglied des Vorstandes des European Institute of Innovation and Technology .

Seit 1979 bis zum Übergang beteiligte er sich an der demokratischen Opposition. Er war Gründungsmitglied der Allianz der Freien Demokraten (SZDSZ) 1988. Zwischen 1998 und 2000 arbeitete er als Präsident der Liberalen Partei. Seit 1990 ist er Mitglied des Parlaments. Er war Minister für Bildung von 1996 bis 1998 und von 2002 bis 2006.

Venezuela: Präsident Hugo Chavez

Der Staats-Chef Venezuelas studierte Soziologie und Politikwissenschaften. Er kämpft gegen den Imperialismus und setzt sich für die Armen ein - nicht nur in seinem Land, sondern in ganz Lateinamerika. Die Unesco verlieh dem 51jährigen den mit 5000 Dollar dotierten José-Martí-Preis. Die für Sozialprogramme notwendigen Mittel hat er seit dem

drastischen Anstieg des Ölpreises zur Verfügung. So kaufte er für mehrere Milliarden Dollar argentinische Staatsanleihen, um Schulden beim Internationalen Währungsfonds (IWF) frühzeitig zu begleichen.

(aus dem BDS-NEWSLETTER, fortgeschrieben 31.Oktober 2011)